

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

Der Präsident der IHK zu Köln Prof. Dr. Werner Görg verlangte in seiner Ansprache vor wenigen Wochen vor Gästen aus den Städten und Gemeinden des Oberbergischen Kreises in Wiehl, dass sie wie eine Firma geführt werden müssten.

Es macht einen schlichtweg betroffen und zugleich besorgt, mit wie viel Unkenntnis und fehlendem Sachverstand eine wichtige Persönlichkeiten der Wirtschaft über unsere öffentlichen Verwaltungen befindet.

Natürlich sind Städte und Gemeinden angehalten, sorgsam mit Steuergeldern umzugehen. Viele Kontrollmechanismen machen einen Missbrauch inzwischen zu Recht immer schwieriger.

Aber Unterschiede zu einer Firma sind doch wohl massiv und gewollt.

Um nur einige wenige zu nennen:

- die sozialen Aufgaben einer Kommune hat eine Firma nicht
- geht eine Firma pleite, kann der Chef nach 7 Jahren Insolvenz wieder einen Neuanfang wagen. Das kann eine Kommune nicht.
- Die Ziele eine Kommune sind ganz anders: es geht nicht um Gewinnmaximierung und Expansion. Es geht schlicht darum, den Menschen ein Höchstmaß an Service für ihr tägliches Leben anzubieten. Dazu gehört der HarzIV- Empfänger, wie die Betriebsleitung eines großen Unternehmens.
- u.v.a.m.

Wenn die Verwaltungsspitzen mal so gehandelt haben (Stichwort Swap- Geschäfte), belastet dies bei Misserfolg den Haushalt über Jahrzehnte, wie in diesem Haushaltsentwurf herauszulesen ist. Anders bei Firmen, wie bereits angemerkt nur auf 7 Jahre und dann wieder lustig von vorne!

Solche Wertpapiergeschäfte sollten für Kommunen grundsätzlich verboten sein. Das haben die Grünen Bergneustadt schon gesagt, da waren die Zinsen noch hoch und die Renditen versprochen Manna vom Himmel.

Aber wie umgehen mit einer IHK, die die Kommunen in ihren Grundfesten nicht versteht und umgewandelt wissen will? Und dies zu wessen Nutzen? Doch wohl nicht der Bevölkerung im Allgemeinen, sondern nur der Wirtschaft im Besonderen.

Also, wie mit solchen Ideen umgehen?

Mit Vorsicht! Mit allergrößter Vorsicht.

Bergneustadt ist in einer schwierigen finanziellen Situation, daher versucht der Bürgermeister, auf Teufel komm raus, Firmen in der Stadt eine Heimat zu bieten. Darf man das denn noch, wenn Firmen und ihre Vertreter sich so äußern? Sicherlich darf man. Aber: mit Vorsicht!

Es gilt vielleicht auch einen Blick auf das Gewerbe zu lenken. Ist jedes erdenkliche Gewerbe auch wirklich gut für die Zukunft der Stadt? Haben wir nicht auch schlechte Erfahrungen gemacht mit bestimmten Firmen, bzw. sehr gute?

Vielleicht müssen wir auch in Hinblick auf Technisierung von Arbeitsprozessen, Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund der Computerisierung, unseren Fokus auf andere sogenannte Alternative Gewerbe richten? Vielleicht ist die Kultur der Arbeit in Deutschland und Bergneustadt woanders zu suchen, als das bisher geschehen ist:

Umwelttechnologie

IT, Computer- Technologie

Kultur und Medien

Bildung und Hochschule, sowie außerschulische Bildungsangebote

vielleicht sogar ein wenig Tourismus/Freizeitwirtschaft

Natürlich ist ein Job in der Industrie heute mind. 4 mal Wert -schöpfender, als ein Tourismus- Job. Aber wenn die in der Industrie zunehmend wegfallen, muss von der Kommune neu gedacht werden.

Daher sind die Ausführungen des IHK- Chefs letztendlich so wertvoll, denn so sagen sie uns, dass genau im Gegenteil von dem was er sagt, die Zukunft, auch die finanzielle, der Kommunen steckt.

Und hier packt Bergneustadt auch schon richtig an!

Mit der Klausurtagung BergneustadtAgenda 2030 mit den Wirtschaftssachverständigen Prof. Dr. Peter Vieregge und Herrn Markus Wessel und Vertretern aus Rat und Verwaltung ist ein 1. Schritt in die richtige Richtung getan. Hier haben sich schon die besonderen Stärken aber auch Schwächen Bergneustadts aufgetan. Hier gilt es weiter zu überlegen und Aufgabenfelder zu definieren.

Dabei dürften die o.g. Themen wieder besonders wichtig werden: also IT,- Umwelttechnologie; Bildung, E- Mobilität, ÖPNV (Strecke nach Olpe!) usw. Der Breitband- Ausbau ist dabei ebenfalls hilfreich.

Dies alles muss jedoch gegossen sein in ein gutes Miteinander aller Bergneustädter Bürger. Man muss hier Vorteile und Risiken bedenken... und abwägen. Wir alle wissen, dass das Smartphone eine schöne Sache sein kann, dass aber eine ganze Menschheit dieser Art Sucht anheimfällt, scheint nicht gerade von Vorteil. Neue Medien sind Segen und Fluch zugleich. Auch hier haben Politik und Verwaltung aufmerksam zu sein.

Wir alle haben eine große Verantwortung für Natur und Gesellschaft. Daher müssen wir unser Handeln auch immer dahingehend abwägen. Verbrennung fossiler Brennstoffe und Flüchtlingsströme haben einen direkten Zusammenhang. Jeder Einzelne muss darüber nachdenken, mehr noch eine Kommune, noch mehr eine Nation, ein Kontinent. Verantwortung an Natur und Sozialem werden immer mehr Grundvoraussetzung für ein weiteres Leben in Wohlstand. Egoismus, Abschottung oder gar feindseliges Verhalten enden in den uns bekannten Katastrophen.

Ist dies alles so im Haushalt berücksichtigt? Ist der Entwurf dafür überhaupt geeignet oder verlangen wir da nicht zu viel? Er sollte es zumindest ansatzweise sein. Das doch eher trockene Zahlenwerk kann erste Wege aufzeichnen. Es deutet vor allem einen Lichtstreif im Dunkeln an. Hier darf man der Verwaltung auch mal auf die Schulter klopfen, dass dies gelungen ist.

Hier ist nicht zu vergessen, auch durch höhere Gewerbesteuererinnahmen vor allem der klassischen Gewerbe wird der Haushaltplan so ermöglicht. So schnell ist ein Wandel nicht ersichtlich. Aber schnell, vielen vielleicht zu schnell wird dieser doch kommen. Der Lichtstreif bedeutet nach Aussage des Kämmers leider noch nicht, dass man z.B. die Grundsteuer B senken könnte. Hiervon sind Bündnis90/Die Grünen noch nicht so ganz überzeugt. Auch wenn es nur eine geringe Senkung -jetzt halt noch nicht- sein sollte, dem Bürger könnte das ein Zeichen geben, dass die Anstrengungen die von Jedem in Bergneustadt geleistet werden, letztendlich auch ein wenig honoriert werden .

In der Vergangenheit wurden auch durch die Stärkungspakt- Zwangsmitgliedschaft Personalkürzungen in erheblichen Maße durchgeführt. Dies hat vor allem Auswirkungen auf das Ordnungsamt gehabt. Verkehrsverstöße, wie Parken auf Rad- Gehwegen, Parkzonen, Überprüfung von Spielhallen, div. Spielkulturvereinen, die aufgrund verbotener Spiele Spielsucht fördern, konnten nicht in ausreichendem Maß überprüft werden. Aufsicht bei Flohmärkten mit extrem hohen Anteil von Neuwaren, wenigsten eine anfängliche Vermeidung der tausenden von Zigarettenskippen durch Geldbußen und vielen kleinen Dingen des Alltags fielen dem Personalmangel zum Opfer, die die Bürger und die Umwelt aber beträchtlich stören. Auch hier sind Überlegungen anzustellen durch vorsichtige Personalaufstockung allmählich bessere Abhilfe zu schaffen. Die Personalkosten könnten mitunter sogar amortisieren.

Ein Wort noch zu Umweltschutz und Haushalts- Einsparungen. Wie wir alle wissen, haben die Insektenpopulationen, aber auch die Wildvogelpopulationen dramatische Einbußen erlitten. Bei den Insekten teilweise über 75%! Viele Wissenschaftler schätzen diese Katastrophe größer ein, als den drohenden Klimawandel. Auch hier kann jeder Bürger und auch die Stadt ein kleines Stück dazu beitragen, dass dieser Rückgang aufhört. Dazu gehöre z.B. weniger mähen. Zudem spart das der Stadt auch noch Geld. Man muss den Bürgern erklären, dass Brennesseln u.a. Beikraut aus diesen Gründen letztendlich wertvoll für uns alle sind. Auf Pestizide zu verzichten, heimische offen blühende Pflanzen setzen, keine asiatischen Bodendecker usw.. Aber auch der Landschaftsverbrauch durch Neuansiedlung von Wohnhäusern oder Gewerbe ist ein großes Problem. Es gilt vorhandene Gebäude- und Flächen-Kapazitäten verstärkt zu nutzen. Ein sehr gutes Beispiel ist da die Ansiedlung von Gizeh in Wiedenest. Denn wenn wir da nicht achtsam sind, haben wir kein Obst und kein Getreide mehr. Da können wir noch so viele Stahl, Kunststoff oder Betonprodukte herstellen wollen. Wenn wir die natürliche Ressource Boden und Tierarten weiter so zerstören, nehmen wir uns die Lebensgrundlage.

Zurück zum Haushalt:

Alles in Allem bedeutet die finanzielle Situation Bergneustadts, dass man sich noch einige Jahre eher auf Margarine, als auf Gute Butter einstellen sollte. Doch werden uns auch einige „Butterbrote“ geschenkt, wie z.B. die Quartiersverbesserungen auf dem Hackenberg und in der Agenda 2025 in der Altstadt. Als auch die Umgestaltung des Kaufhalle- Komplexes in der Innenstadt, die sogar versucht energetisch autark zu werden. Dies sind genau die Beispiele, wie die zukünftige wirtschaftliche Gestaltung Bergneustadt voranschreiten kann. Und sicherlich nicht die veralteten egoistischen und neoliberalen Vorstellungen einer IHK und ihres Präsidenten, die den Kommunen nichts bringt.

Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushalt zu.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

a.k.